

Verkaufsstelle:
Braunauer-Büroaus:
In Berlin
außer in der Ausgabe
der Gräfin (E. d. Lietz & Co.)
Kreisstrasse 14;
in Cöthen
bei Herrn Th. Spindler,
Mauritz Friedländer & Sohn;
in Brüder bei Herrn H. Kreisland,
in Frankfurt a. M.;
S. L. Darke & Co.

Braunauer-Büroaus:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen;
Rudolph Moes;
in Berlin, Dresden,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel;
Dresden & Vogtland;
in Berlin;
A. Petzelt, Schloßplatz;
in Dresden: Emil Habath.

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Mr. 293.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierthalbfür für die Stadt 25. für das Land 14. Uhr, für ganz Preußen 1 Uhr, 24. für Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Dienstag, 28. April.
(Erscheint täglich drei Mal.)

In jeder 2. S. die fehlgelassenen Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage abweichen 8 Uhr erscheinende Nummer bis 11 Uhr nachmittags angenommen.

1874.

Amtliches.

Berlin, 27. April. Der Kaiser hat den bisherigen Gerichtsvorsteher Simonini zu Neubruch, Bez. Ober-Elsaß, zum Bürgermeister seiner Stadt, den Mil.-Intendantur Rath Bergmann vom VII. Armeecorps zum Militär-Intendanten ernannt.

Der Regierungs- und Schulrat Giebe ist als etatsmäßiges Mitglied der königl. Regierung zu Düsseldorf wiedergewesen. Der bisherige Baumeister Wilhelm Jakob Jungbeder zu Gera als königl. Eisenbahnbaumeister bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn in Hagen angestellt worden.

Auf Ansuchen des Rechtsanwalts und Notars Brzosa zu Ratischen ist die Verfügung, durch welche denselben die Verlegung seines Wohnsitzes nach Leobschütz gestattet worden ist, zurückgenommen.

Telegraphische Nachrichten.

Elberfeld, 27. April, Morgens. Der Beigeordnete der Stadt Barmen und Vertreter derselben im Herrenhause, Kommerzienrat August Engels, ist, wie die „Elberf. Zeitg.“ meldet, gestern gestorben.

Paris, 27. April. Eine hier eingetroffene Despatch aus Cairo vom heutigen Tage enthält die offizielle Bestätigung, daß Herr v. Lessop sich den Weisungen der türkischen Regierung gefügt habe und daß demgemäß die Differenzen in der Suezkanal-Angelegenheit als beigelegt zu betrachten seien.

Madrid, 26. April. Aus Santander wird gemeldet, daß es gelungen ist, das von den Karlisten zerschnittenne alte Telegraphen-Kabel zwischen Bilbao und England wieder aufzufischen und bei Sardineras (in der Nähe von Santander) zu verankern.

Nach aus Valmaseda vom 24. April hier eingetroffenen Nachrichten sind carlistische Truppenabteilungen in der Stärke von etwa 2000 Mann bereits seit 8 Tagen damit beschäftigt, die Uebergänge über den Fluss Cadagua unpassierbar zu machen. Dem General Velasco ist mit 10 carlistischen und 8 asturischen Bataillonen die Vertheidigung dieser Uebergänge anvertraut. — Der vor Bilbao verwundete General Primo di Rivera ist hier eingetroffen.

London, 27. April. Nach einer Mittheilung der „Times“ hat Herr v. Lessop die von der internationalen Kommission für die Tonneneldeabgabe im Suezkanal aufgestellten Bedingungen akzeptirt. Seine bezügliche Entschließung wäre durch den Entschluß der Pforte, von dem Suezkanal selbst Besitz zu ergreifen, herbeigeführt worden. Er hätte sich daher mit einem Proteste, unter Wahrung der Rechte der Suezkanal-Gesellschaft, begnügt und eine Generalversammlung zur Berathung etwa weiter erforderlicher Maßregeln zusammenberufen.

Vom Landtage.

53. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 27. April, 10 Uhr. Am Ministerial-Camphausen, Dr. Achenbach mit mehreren Kommissarien.

Vom Justizminister ist ein Gesetzentwurf betreffend das Höferecht in der Provinz Hannover eingegangen. Ein Schreiben des Justizministers betreffend die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung der „Gazeta Toruńska“ wegen Bleibigung des Hauses wird der Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Vor der Tagesordnung enthält das Wort der Abg. Poewe: Während der Zeit, in welcher wir unsere Arbeiten durch eine kurze Vertragung unterbrochen hatten, ist der Mann, der hier eine Reihe schwerer Jahre hindurch das Amt des Präsidenten, berufen durch das Vertrauen dieses hohen Hauses in einer desselben würdigen Form und in treuer Pflichterfüllung versehen hat, den Seinen, seinem näheren Wirkungskreis und seinem Volke entrissen worden. Der Präsident Grabow ist gestorben, nachdem er in seinem Wirkungskreise bis zum Schlusse seiner Tätigkeit des höchsten Vertrauens sich erfreut hat und nachdem er nach meiner tiefsten Überzeugung sich einen schönen Platz in der Geschichte Preußens erworben hat. Die älteren Mitglieder dieses Hauses, die schon unter seinem Präsidium hier an den Arbeiten Theil genommen haben, fühlen das Bedürfnis, diese Überzeugung öffentlich kundzugeben und ich danke dem Herrn Präsidenten und diesem hohen Hause, daß es mir gestattet ist, diesen Gefühlen Ausdruck zu geben. Meine Herren, es war eine schwere Zeit, und den jüngeren Mitgliedern kann ich versichern, eine herzbrechende Zeit, in der der Präsident Grabow berufen war, diese Verhandlungen zu leiten. Wenn es für jedes einzelne Mitglied schwer war, so war die Arbeit des Präsidenten zehnfach und hundertfach erschwert; denn in dem lieben Konflikt, in dem wir uns befanden, in den schweren Verfassungsfragen, die wir zu verhandeln hatten, wurden die tiefsten Leidenschaften aufgeruht und dadurch, daß unsere Gesetzgebung in dieser Zeit gänzlich ins Stocken gekommen war, waren die Rückstufen besiegt, die auch die bittersten Gegensätze auf einander nahmen, wenn sie sich zu gemeinsamer Arbeit auf anderen Gebieten der Gesetzgebung vereinigten und in der Freude des Gelagens, des Zustandekommens eine Predigt in sich selbst und eine Annäherung an einander gewinnen. In dieser Zeit, wo die Leidenschaften entfesselt waren, ist es ihm gelungen, die Würde dieses Hauses aufrecht zu erhalten in allen Konflikten und die Arbeiten desselben mit voller Regelmäßigkeit, mit voller Pünktlichkeit und mit Sorgfalt zu leiten, wenn auch die Hoffnung gering war, daß sie zu irgend einem Resultat führten. Es waren besondere Eigenschaften, die Grabow besaß, das Amt des Präsidenten zu führen, Eigenschaften, die anscheinend widersprüchlich waren einander standen. Er war auf der einen Seite die volle Unparteilichkeit, auf der anderen die innigste Hingabe an die Verhandlungen selbst; er hatte das aufregendste Interesse an allen Entscheidungen. Während er mit Festsigkeit und Sicherheit die Geschäfte handhabte, war er zugleich bemüht, alles Unnötige zu vermeiden. Neben dem scharfen Verstande fand sich wahre Herzengenue, die auch das Unangenehme, das er zu vollziehen hatte, von allem Bitteren und aller Härte entkleidete. Überall war sein Sinn für treue Pflichterfüllung, der in dem Herzen unseres Volkes ihm einen hohen Platz stieren würde. Meine Herren! Er hat die Epoche noch anbrechen sehen, die sein Herz so stark ersehnt hat, die Epoche, wo Reformarbeiten an dem Staate uns beschäftigen. Wenn er auch nicht mehr Mitglied dieses Hauses war, so hat er doch mit dem regsten Interesse an dem Gedeihen dieser Arbeiten Theil genommen; er hat gesehen, daß das Ideal, dem wir nachgestrebt haben, Preu-

schen dazu zu helfen, daß es ein wahrer Rechtsstaat wird, seiner Erfüllung näher rückt. Einen solchen Mann verliert eine Nation, die ihn zu würdigen verstanden hat, nie ganz; sein Andenken wird uns als ein Vorbild bei unseren Arbeiten leuchten und in dem Herzen seines Volkes wie in der Verfassungsgeschichte Preußens wird er seine bleibende Stätte haben. Mr. H., ich ersuche Sie, sich als Zeuge dieser Kundgebung und ihrer Zustimmung von Ihren Sitzen zu erheben. (Die Mitglieder erhoben sich von ihren Plätzen.)

Auf der T. O. steht die zweite Berathung des Gesetzes über die Enteignung von Grundbesitz nach den Beschlüssen der Kommission. (Referent Abg. Dr. Baehr.)

§ 1 lautet: „Das Grundbesitz kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohles für ein Unternehmen, dessen Ausführung die Ausübung des Enteignungsrechtes erfordert, gegen vollständige Entschädigung entzogen oder beschränkt werden.“

Abg. Helf: § 1 drückt den Hauptgedanken des Gesetzes aus, indem er über das Expropriationsrecht selbst entscheidet. Er enthält in dieser Bezeichnung die Ausführung des Art. 9 der Verfassung, nach welchem das Eigentum nur aus Gründen des öffentlichen Wohles gegen vorsätzliche Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes entzogen oder beschränkt werden darf. Einige interpretieren die Worte „nach Maßgabe des Gesetzes“ dahin, daß im Gesetz die einzelnen Fälle aufgeführt werden müssen, in denen die Enteignung des Eigentums zulässig sein soll. Im Hause hat diese Ansicht keine Vertretung gefunden. Und in der That gebraucht die Verfassung an mehreren Stellen den Ausdruck „nach Maßgabe des Gesetzes“, ohne daß man jemals versucht hat, denselben in beiderlendem Sinne zu nehmen. Das Gesetz bezieht sich nur auf das Grundbesitz, weil ein Grund nicht vorhanden ist, auch das bewegliche Eigentum in den Rahmen des Gesetzes zu ziehen. Der einzige Fall, in welchem auch eine Enteignung beweglichen Eigentums sich empfiehlt, nämlich wenn ein Gemeinschaftsrecht für Kriegszwecke in Anspruch genommen wird, ist durch Spezialgesetz geregelt. Für jeden einzelnen Fall ein besonderes Gesetz zu erlassen, empfiehlt sich nicht mit Rücksicht auf den Umfang der preußischen Monarchie. Zwar hat man in England diesen Weg eingeschlagen, aber Herr Abgeordneter Gneist hat in seinem Buche über die englische Gesetzgebung und Verwaltung überzeugend nachgewiesen, daß dadurch eine große Überlastung der Legislative entsteht. Beschränkte Kategorien von Fällen aufzustellen, wie in Baiern, führt dazu, daß die Auslegung einen möglichst freien Spielraum zu schaffen und es wird den Grundeigentümern ein größerer Schutz dadurch auch nicht gewährt, als durch das von uns angenommene Prinzip. Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie, den § 1 der Vorlage, wie es auch die Kommission gethan hat, unverändert anzunehmen. § 1 wird genehmigt.

Zu § 2: „Die Entziehung und dauernde Beschränkung des Grundbesitzes erfolgt auf Grund königlicher Verordnung, welche den Unternehmer und das Unternehmen, zu dem das Grundbesitz in Anspruch genommen wird, bezeichnet. Die königliche Verordnung wird durch das Amtsblatt derjenigen Regierung bekannt gemacht, in deren Bezirk das Unternehmen ausgeführt werden soll“, beantragt Berger (Witten): hinter den Wörtern: „die königliche Verordnung wird“ einzuschalten: durch den Ressortminister und den Justizminister kontrahiert“ und als drittes Alinea beizufügen: „Dem Landtage der Monarchie ist alljährlich ein Verzeichnis derjenigen Unternehmungen vorzulegen, welchen durch königliche Verordnung das Enteignungsrecht verliehen worden ist.“

Abgeordneter Berger: Neben dem Ressortminister, welcher in den Angelegenheiten seines Ressorts mehr oder weniger befangen ist, muß noch ein anderer, ein unparteiischer stehen und für einen solchen halte ich den Justizminister.

In einer der westlichen Provinzen besteht ein großes Hüttenwerk, auf welches einmal ein Minister kam, um es zu besichtigen. Man sagte demselben, daß es für die Entwicklung des Werkes nothwendig sei, es weiter auszudehnen; die Grundnachbarn verweigerten aber die Abtragung von ihrem Grundbesitz. Der Minister erwiderte, das Etablissement sei von solcher Wichtigkeit für das öffentliche Wohl, daß expropriert werden müsse; man sollte nur einen dahingehenden Antrag bei ihm stellen, es werde denselben gewiß stattgegeben werden. Und das ist in der That geschehen. Mr. H., ich war selbst Besitzer eines großen Etablissements, mußte in 16 Fällen von meinen Nachbarn Terrains ankaufen und habe oft den doppelten, ja den dreifachen Preis dafür gezahlt; es ist mir aber nie in den Sinn gekommen, das Expropriationsrecht für mich in Anspruch zu nehmen. Das die Regierung verpflichtet sein soll, der Landesvertretung alljährlich ein Verzeichnis derjenigen Unternehmungen vorzulegen, welchen das Enteignungsrecht verliehen worden ist, empfiehlt sich der Kontrolle wegen.

Auch hier eine ein Beispiel zur Illustration meiner Ansicht. Die Aktien-Gesellschaft Frankenbergs in Aachen hat nach § 2 ihrer Statuten den Zweck, den Wert des Rittergutes Frankenbergs durch Ankäufe von Grundstücken und Anlagen von Häusern und Straßen zu erhöhen, dasselbe in jeder zulässigen Weise auszunutzen und es jodann wieder zu verkaufen. Der einzige Zweck ist also recht viel Geld zu verdienen, das öffentliche Wohl ist dabei in keiner Weise interessirt. Dennoch beantragte die Aktien-Gesellschaft die Verleihung des Expropriationsrechtes. Die Kommunen von Aachen und Burtscheid sprachen sich zwar für das Unternehmen, aber einstimmig gegen die Verleihung des Expropriationsrechtes aus. Nichtsdestoweniger wurde der Gesellschaft auf den Antrag des Ressortministers das Expropriationsrecht verliehen. Dieser Art ist doch mit den wirklichen Intentionen des Gesetzes nicht in Einklang zu bringen. Die Gesellschaft Frankenbergs hat ganz und gar den Charakter einer Bausgesellschaft, wie wir sie in jüngst vergangener Zeit in großer Menge entstehen sahen und ich glaube, daß man die Zwecke der Berliner Gesellschaften „Nordend“, „Südend“, „Westend“ und wie sie alle heißen mögen, noch mehr für das öffentliche Wohl erträglich hätte halten können, als die jener Gesellschaft in Aachen-Burtscheid.

Dieser Fall wird Sie überzeugen, daß die gezeigten Faktoren wohl thun, sich über die Ausübung der Regierung eingeräumten weitgehenden Befugniss eine Kontrolle zu schaffen.

Handelsminister Dr. Achenbach: Ich bitte Sie, bei den Beschlüssen der Kommission stehen zu bleiben. Der Justizminister wird bei der Mainztafelkeit der Fälle gar nicht in der Lage sein, dieselben Kontrolle auszuüben, welche der Herr Vorredner wünscht; meistens sind zur Beurtheilung der Fälle technische Kenntnisse erforderlich, die dem Justizressort nicht zur Seite stehen. Es kann ja vorkommen, daß in einzelnen Fällen der Ressortminister die Expropriation für zulässig erklärt, wo sie nach der Beurtheilung Anderer nicht hätte erfolgen sollen. Aber solche Fälle sind überhaupt nicht zu vermeiden. Der Fall, den der Herr Vorredner angeführt hat von einem Hüttenwerke in einer der westlichen Provinzen, ist mir, da er jedenfalls eine sehr lange Zeit zurück liegt, nicht genau bekannt. Da ich jedoch mit dem Hüttenwerken einigermaßen vertraut bin, so glaube ich, diesen Fall erraten zu können. Sollten aber meine Gedanken mit denen des Herrn Vorredners zu-

sammentreffen, so glaube ich, daß in jenem Falle gerade der Justizminister mitbeteiligt gewesen ist. Und die Expropriation erfolgte auf Grund der Bergisch-Märkischen Bergordnung, welche jetzt aufgehoben ist. Auch dem anderen Vorschlage des Abg. Berger, der Regierung die Pflicht aufzulegen, jährlich ein Verzeichnis der Unternehmungen vorzulegen, welchen das Enteignungsrecht verliehen worden ist, kann ich nicht bestimmen. Durch das vorliegende Gesetz ist ja vorgefehlt, daß die Expropriationsverleihung publiziert wird. Da das Land aber durch Abgeordnete aus allen Landesteilen vertreten wird, so würde, wenn einmal ein Missbrauch vorläge, derselbe eine sofortige Klage einfahren können. Die Landesvertretung würde also, wenn der Vorschlag des Herrn Vorredners angenommen wird, in einer ganz unnötigen Weise bestellt. Was den Fall von der Aktiengesellschaft Frankenbergs betrifft, so ist mir erinnerlich, daß von allen Seiten anerkannt wurde, daß es sich um eine gemeinnützige Anlage handele, wenn natürlich nicht geschlossen sei, daß diejenigen, welche das Unternehmen in die Hand nehmen, ihren Vortheil dabei fänden. Uebrigens ist den Unternehmern die Bedingung auferlegt worden, eine Strafe zu verbreitern, die, wie ich glaube, nur 20 Tuz breit ist. Die Kommune von Aachen ist freilich gegen die Verleihung des Expropriationsrechtes gewesen, sie sagte, einmal sei die Gesellschaft eine Privatgesellschaft und außerdem sei das Unternehmen nicht nothwendig. Diese Gesichtspunkte können aber aus den von mir angegebenen Gründen nicht durchschlagen und man kann diesen Fall als einen mißbräuchlichen nicht bezeichnen. Wenn man es aber auch könnte, so hat doch der Herr Vorredner selbst den Beweis gelebt, daß solche Fälle sehr schnell zur Sprache kommen und eine starke Beurtheilung erfahren.

Abg. Miguel: Ich glaube, die Garantien, welche der Abg. Berger gibt, sind in Wahrheit keine Garantien. Auf die Mitwirkung des Justizministers lege ich keinen Werth; es ist lediglich die Frage zu entscheiden, ob in dem besondern Falle das öffentliche Wohl interessirt sei; und das ist keine Justizfrage, sondern eine Frage, die nur auf Grund einer durch die Erfahrung sich bildenden festen Verwaltungspraxis entschieden werden kann. Und wozu soll das Verzeichnis dienen? Eine Kritik über die einzelnen Fälle können wir doch nur in einer ganz detaillirten Berathung in der Kommission üben. Hier im Hause kann sich auch keine feste Praxis in der Beurtheilung dieser Frage bilden und es ist ein solcher Eingriff in die Verwaltung von Seiten des Abgeordnetenhauses nicht anzurathen. Eher könnte man fragen, ob der königlichen Verordnung nicht eine Anhörung der Provinzialvertretung vorangehen sollte. Da aber die Organe der Provinzen noch zu mangelhaft organisiert sind, habe ich davon Abstand genommen, einen dahingehenden Antrag zu stellen.

Abg. Berger: Der Herr Vorredner, der ja ein sehr geschickter Redner ist, hat einen Ausdruck gebraucht, von welchem er wohl wußte, daß er seine Wirkung nicht verfehlten wird: ich meine den Ausdruck „Eingriff in die Verwaltung“. Manche unter uns überläuft eine parlamentarische Gänsehaut, wenn sie von einem Eingriff in die Verwaltung reden hören. Hier handelt es sich aber um keinen Eingriff, sondern um eine bloße Kontrolle. Der Herr Vorredner meinte, es müsse eine feste Praxis sich bilden in Beurtheilung dieser Frage. Die Person der Minister wechselt aber und damit auch die feste Praxis. Der Landesvertretung muss eben Gelegenheit gegeben werden, sich über die befolgte Praxis äußern zu können. Eine zu große Belastung derselben würde dadurch nicht entstehen, denn die Anzahl der Unternehmungen, denen das Expropriationsrecht verliehen wird, ist nicht sehr groß. Das Verzeichnis soll nur den Zweck haben, die Landesvertretung zu überzeugen, ob dauernd von dem Gesetz ein richtiger Gebrauch gemacht wird. Dem Herrn Handelsminister muss ich bemerken, daß, wenn der Fall bezüglich der Aktiengesellschaft Frankenbergs so schnell zur Sprache gekommen ist, dies rein zufällig ist, weil wir gerade heut das Expropriationsgesetz berathen. Der Justizminister soll die technische Untersuchung nicht führen, sondern nur prüfen, ob der Fall im Großen und Ganzen als ein solcher zu betrachten ist, der unter dieses Gesetz gehört. Und ich verspreche mir von der Kontrolle des Justizministers auch den Erfolg, daß die Ressortminister die Sache viel vorsichtiger anfassen werden, als sie es sonst thun würden.

Nachdem noch Abg. Dr. Baehr (Kassel) als Berichterstatter der Kommission sich gegen die Anträge des Abg. Berger erklärt hat, werden die selben abgelehnt und § 2 unverändert angenommen.

§ 3 gestattet die Expropriation schon durch eine Verfügung der Bezirksregierung (Landdrostei) dann, wenn sie zum Zweck der Gradelegung u. s. w. von öffentlichen Wegen geschieht und zwar auf Grundstücken, die außerhalb von Ortschaften liegen und von Gebäuden frei sind.

Abg. Windthorst (Bielefeld) beantragt, den § 3 zu streichen, eventuell gegen jene Verfügung binnen 10 Tagen Rekurs an die vorgefehlte Ministerialinstanz zu gestatten. Die Streichung motiviert er damit, daß eine Abweichung von dem gewöhnlichen Wege der Expropriation gar nicht begründet sei. Sehr leicht könnten sich in Folge solcher Verfügungen Unzuträglichkeiten und Zwölfe innerhalb der Gemeinden herausstellen. Mindestens müßt man die Beurtheilung an eine höhere Instanz gestatten, welche die Sache objektiver und unparteiischer behandeln könnte, als die Bezirksregierung.

Der Kommissar Geh. Rath Taacko protestiert gegen die Streichung des Paragraphen. Derselbe sei lediglich eine Reproduktion der analogen Bestimmung in dem meistens bestehenden Begeordnungen. Gegen den verlangten Rekurs hat er nichts einzubringen.

Abg. Dr. Lascher bittet den § 3 beizubehalten. Ueberhaupt würde es sich empfehlen, sich bei einer so schwierigen Materie möglichst der Amendingen zu enthalten, zumal die Kommission auf das eingehendste alle darauf bezüglichen Fragen geprüft habe. Der einzige Fehler, dessen sie sich schuldig gemacht habe, sei vielleicht der, daß sie sich zu wenig an die Kreisordnung anlehne.

Abg. Miguel erklärt den Paragraphen für nur provisorisch, da die Frage definitiv erst in einer allgemeinen Begeordnung zu regeln sei; doch sei er gegenwärtig nothwendig.

Auch die Abg. Bening und v. Kardorff sowie der Referent erklären sich gegen den principalen Antrag Windthorst (Bielefeld), worauf § 3 mit dem eventuell beantragten Zusatz des Abgeordneten angenommen wird.

§ 5 enthält die Bestimmungen für die im Fall der Enteignung nötigen Vorarbeiten. Der Beginn derselben soll vom Unternehmer am Tage vorher dem Guts- oder Gemeindevorstand mitgetheilt werden; Bäume und Baulichkeiten dürfen nur mit Genehmigung der Bezirksregierung entfernt werden.

Abg. Schütter beantragt, den Beginn der Vorarbeiten zwei Tage vorher anzeigen zu lassen, damit die Sache für den Eigentümer nicht zu plötzlich komme. Ferner beantragt derselbe, den Beginn nur nach Auszahlung des abgezöckten Schadens zu gestatten, währendfalls der Ortsvorstand die Fortsetzung der Vorarbeiten auf Antrag des Bevölkerung zu verhindern verpflichtet ist. Endlich will der Abgeordnete das Fällen von Waldbäumen nur nach schriftlicher Genehmigung der Bezirksregierung, das Entfernen von anderen

Bäumen und Baulichkeiten nur nach Genehmigung des Eigentümers gestatten.

Referent erklärt die Anträge für überflüssig und bittet sie abzulehnen.

Die auf die Befestigung von Bäumen und Baulichkeiten bezüglichen Bestimmungen des Antrags Schützen werden abgelehnt, § 5 selbst mit den übrigen Bestimmungen jenes Antrags angenommen.

§ 8 der Kommissionsbeschlüsse lautet: "Die Entschädigung für die Abtretung des Grundeigentums besteht in dem vollen Werthe des abzutretenden Grundstücks, einschließlich der enteigneten Zubehörungen und Früchte. Wird nur ein Theil von einem Grundstück in Anspruch genommen, so umfasst die Entschädigung zugleich den Mehrwerth, welchen der abzutretende Theil durch seinen Zusammenhang mit dem Ganzen hat, sowie den Minderwerth, welcher für das Restgrundstück durch die Abtretung entsteht."

Der Abg. Knebel beantragt dem Paragraphen folgende Fassung zu geben: "Die Entschädigung für die Abtretung des Grundeigentums besteht: 1) in dem Betrage der unmittelbaren, durch den Werth des enteigneten Grundstücks einschließlich der enteigneten Zubehörungen und Früchte dargestellten Vermögensverminderung; 2) in dem Ertrag des mittelbaren Schadens, welcher dem Eigentümer aus der Enteignung erwächst."

Abg. Knebel betont vorzüglich den zweiten Theil seines Antrages mit Hinweis darauf, daß der größte Schaden des Exproprierten sehr oft der unmittelbare sei, wie beispielsweise der Verlust der alten Kaufschaft für einen Geschäftsmann, dessen günstig gelegenes Geschäftslokal expropriert wird. Man darf sich hier nicht objektiv zwischen den Enteigneten und den Enteigneten stellen, sondern man müsse bedenken, daß es sich hier um einen ganz exorbitanten Eingriff in eine fremde Rechtssphäre handle, wobei die Entschädigungsfrage eine rein subjektive sei, nämlich die: Welchen Schaden hat der Eigentümer durch die Expropriation erlitten? Darum sei der Antrag dringend zur Annahme zu empfehlen.

Handelsminister Dr. Achenbach: Die Regierung legt einen entschiedenen Werth darauf, daß das in § 8 niedergelegte Prinzip die Anerkennung des Hauses findet. Ich weise darauf hin, daß dieses Prinzip bereits in der Reichsgelehrte anerkannt worden ist, bei dem Rayongesetz, wo ebenfalls der Satz des Werthes festgestellt ist, unter Befestigung der früheren speziell preußischen Bestimmungen über den ordentlichen und außerordentlichen Werth. Das Gesetz würde nicht annehmbar sein, wenn an Stelle des Werthes der Sache eine Interessenausforderung trate, wie dies in den Worten "Vermögens-Verminderung" und "mittelbaren Schaden" ausgedrückt ist. Auf dieses Gebiet wird sich keine Expropriationsgesetzgebung begeben können.

Abg. Miquel: Durch Annahme des Antrages Knebel würde das Expropriationsverfahren zum reinen Hazardspiel werden. Dieser Antrag ist der falschen römischen Anschauung von der unbedingten Unvergleichlichkeit des Grundeigentums entstanden; in Deutschland ist das Grundeigentum immer gewissen Beschränkungen unterworfen gewesen, ich erinnere nur an die Bestimmungen für Festungsgrundstücke. Wenn ich an § 8 etwas zu tadeln habe, so ist es dieses, daß darin zu wenig dem Spiele der Spekulation vorgebeugt ist, und ich glaube, daß dies durch Amendmenten noch wird nachgeholt werden müssen.

Abg. Windthorst (Bielefeld) protestiert gegen die Behauptung des Abg. Miquel, daß die römische Anschauung von der Unvergleichlichkeit des Grundeigentums falsch sei; ihm schlägt sich der Abgeordnete von Gerlach an, der das Grundeigentum für "feudal" erklärt und zum Beweis dafür auf England hinweist. Abweichungen von diesem Prinzip seien Verirrungen der Gesetzgebung.

Abg. Dr. Birchow tritt den Ausführungen des Abgeordneten Miquel bei und erhält eine Beschränkung des Grundeigentums besonders im Interesse der Gemeinden für notwendig, die ohne dieses ihre Aufgabe gar nicht erfüllen könnten. Näher könnte diese Angelegenheit durch eine darauf bezügliche Resolution getreten werden.

Abg. Knebel sieht jetzt seinen Antrag zurück und beantragt, vor dem Worte "Zusammenhang" einzutragen "örtlichen oder wirtschaftlichen". Es werde dadurch wenigstens ein Modus gegeben, nach welchen die Abhängigkeit zu erfolgen habe.

Geh. Rath Jacobi bittet, auch diesen Antrag abzulehnen, der schon in der Kommission verworfen sei, weil derselbe oft zu ganz außerordentlicher Erhöhung des Werthes führen würde.

Die Abg. Benning und Windthorst erklären den jetzigen Antrag Knebel für eine wesentliche Verbesserung der Vorlage und werden denselben zustimmen.

Auf Anfrage des Abg. Miquel, ob und in wie weit Gemeinden bei der Auslegung neuer Ortsstrafen, zu deren Kosten die Anlieger heranzuziehen berechtigt seien, erwidert der Handelsminister Dr. Achenbach, daß eine derartige Vorlage in seinem Ministerium bereits vorbereitet werde, daß sich aber bei der Schwierigkeit der Materie nicht übersehen lasse, ob das Gesetz schon in der nächsten Session verabschiedet werden kann; an Fleiß fehle es nicht.

§ 8 wird darauf mit dem zuletzt gestellten Antrage Knebel angenommen.

§ 9 lautet: "Beträgt der durch die Abtretung entstehende Minderwerth des Restgrundstücks mehr als ein Viertel desjenigen Werthes, welchen das Restgrundstück als Theil des Ganzen hatte, so muß auf Antrag des Unternehmers die Abtretung auf die in ihrem Werthe verminderten Theile des Grundstücks ausgedehnt werden, wenn der Eigentümer nicht mit dem vierten Theile jenes Werthes als Vergütung für die Werthsverminderung sich begnügen will." — § 10 gibt dem Eigentümer das Recht von dem Unternehmer auch die Übernahme des Restgrundstücks zu verlangen.

Abg. Windthorst (Bielefeld) will beide Paragraphen zu einem zusammenfassen, der den Eigentümer in seinem Interesse schützen will.

Abg. Lasker empfiehlt die Streichung des § 9; damit würde dem Besitzer des Abg. Windthorst genügt geschehen.

Nachdem der Abg. Windthorst (Bielefeld) seinen Antrag zurückgezogen, wird § 9 abgelehnt, § 10 nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

§ 11 lautet: "Die bisherige Benutzungsart kann bei der Abschätzung nur bis zu demjenigen Geldbetrag Berücksichtigung finden, welcher erforderlich ist, damit der Eigentümer ein anderes Grundstück in derselben Weise und mit gleichem Ertrag benutzen kann. Eine Wertherhöhung, welche das abzutretende Grundstück erst in Folge der neuen Anlage erhält, kommt bei der Bemessung der Entschädigung nicht in Anfang.

Die Abg. Schmidt (Sagan) und Windthorst (Bielefeld) beantragen den ersten Satz dieses Paragraphen zu streichen; denn die bisherige Benutzungsart muß entschieden einen Einfluss auf die Taxirung des Grundstücks und der Baulichkeiten ausüben. Demnach, bei Geschäften ist der Verlust der Kaufschaft nicht so leicht wieder einzubringen, weil sich bei der Verlegung des Geschäfts nach einer anderen Gegend die Kaufschaft verliert, so daß der Geschäftsmann von vorn anfangen muss.

Kommissarius Geh. Rath Jacobi: Die Benutzungsart hebt nicht den Werth des Grundstücks, sondern beruht nur auf der persönlichen Tätigkeit des Besitzers; es ist z. B. vorkommen, daß eine Kaufbude expropriert wurde, die ganz leicht in nicht allzuweiter Entfernung vom alten Platze wieder aufgerichtet werden konnte; sollte man dabei auf die Benutzungsart Rücksicht nehmen?

Abg. Lasker kann es nicht billigen, daß die Benutzungsart Berücksichtigung finden solle; es sei den wirtschaftlichen Beziehungen genügend Rechnung getragen durch die Annahme des Ammentals Knebel's zu § 8.

Der Handelsminister erklärt, daß die Regierung einen Werth darauf lege, den ersten Satz des Paragraphen aufrecht zu erhalten.

Nachdem dann noch der Referent Abg. Bähr (Kassel) sich ent-

schieden gegen die Streichung des ersten Satzes ausgesprochen, wird § 11 unverändert angenommen. — Desgleichen die § 12 — 15, welche von der Entschädigung handeln.

Titel III. handelt von dem Enteignungsverfahren und zerfällt in 4 Unterabteilungen. Abschnitt I. Feststellung des Planes wird bis auf § 24 ohne Debatte genehmigt. § 24 selbst veranlaßt eine längere Diskussion; er lautet:

"Das Enteignungsrecht bei der Anlage von Eisenbahnen erstreckt sich unter Berücksichtigung der Vorschriften dieses Gesetzes insbesondere: 1) auf Grundstücken, welche zur Bahn, zu den Bahnhöfen und zu den an der Bahn und an den Bahnhöfen befindlichen Eisenbahnbetrieben zu errichtenden Gebäuden und sonstigen Anlagen erforderlich sind; 2) auf den Raum zur Unterbringung der Erde und des Schutt's u. s. w. bei Abtragungen, Einschnitten und Tunnels; 3) auf die zur Gewinnung von Schüttungsmaterial für die Herstellung von Aufträgen zu benutzenden Grundstücken; 4) überhaupt auf den Grund und Boden für alle sonstigen Anlagen, welche zu dem Behufe, damit die Bahn als eine öffentliche Straße zur allgemeinen Benutzung dienen könne, nötig oder in Folge der Bahnanlage im öffentlichen Interesse erforderlich sind. Dagegen ist das Enteignungsrecht auf solche Anlagen nicht auszudehnen, welche, wie Waarenmagazine und dergleichen, nicht den unter Nr. 4 gedachten allgemeinen Zweck, sondern nur das Privatinteresse des Eisenbahnnunternehmers angehen. Die vorübergehende Benutzung fremder Grundstücke soll bei der Anlage von Eisenbahnen, insbesondere zur Einrichtung von Interimswegen, Werkplätzen und Arbeiterhütten zugelassen sein."

Abg. Thomsen beantragt, der Nr. 3 folgende Fassung zu geben: "Auf das für die Herstellung von Aufträgen erforderliche Schüttungsmaterial, mit Ausschluß von Kies, welcher zur Trockenlegung der Schwelten dient." Ferner an Stelle der gesperrten Worte: "auf solche Anlagen" im vorletzten Satze zu setzen: "auf Grundstücken für solche Anlagen".

Abg. Windthorst (Bielefeld) will die Nr. 2 und 3 vereinigen: "2 auf die zur Gewinnung von Schüttungsmaterial für die Herstellung von Aufträgen, sowie zur Unterbringung der Erde und des Schutt's u. s. w. bei Abtragungen, Einschnitten und Tunnels erforderlichen und anderweitig nicht zu erlangenden Grundstücken." Außerdem will er die Nr. 4 und den daraus folgenden Satz streichen.

Nachdem der Referent Abg. Bähr (Kassel) über zahlreiche zu diesem Paragraphen vorliegende Petitionen berichtet hat, begründet der Abg. Windthorst (Bielefeld) seinen Antrag damit, daß Nr. 4 viel zu vage ausgedrückt sei, so daß man alle möglichen Anlagen und Etablissements darunter subsumieren könne; und wird in dieser Ansicht von dem Abg. Berger entschieden unterstützt.

Der Handelsminister hat gegen die Vereinigung der Nrn. 2 und 3 nichts zu erinnern; aber eine Streichung der Nr. 4 und den gesperrten Zusatz in der vereinigten Nr. 2 will er entschieden ablehnen wissen.

In der Abstimmung wird der Paragraph mit dem Antrag, die Nr. 2 und 3 zu vereinigen, angenommen, desgleichen im vorletzten Satze mit dem Antrag Thomsen. Alle anderen Änderungen werden abgelehnt.

3 Uhr vertagt sich das Haus bis Dienstag 11 Uhr. (Erste Beurathung der allgemeinen Rechnungen für 1871; erste und zweite Lesung des Gesetzentwurfes, betreffend einige Veränderungen der Kreisverhältnisse in Neuborpommern; Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung trigonometrischer Marksteine; Expropriationsgesetz.)

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 27. April. Die „Allgem. Zeit.“ veröffentlichte soeben ein von dem Grafen Arnim an Herrn von Oßlinger gerichtetes Schreiben, durch welches derselbe sich dem Letzteren gegenüber in Bezug auf eine Stelle in seinem Bericht vom Mai 1869 entschuldigt, und zwar in einem Tone, welcher jedenfalls nicht frei von Gereiztheit gegen seine vorgesetzte Behörde ist. Diese neue Publikation wird gewiß nicht verfehlten, dem Graue, nach welchem Graf Arnim auf die Uebernahme des Postchafferpostens in Konstantinopel zu verzichten beabsichtigt, neue Nahrung zuzuführen. Bis jetzt ist von einer solchen Absicht in offiziellen Kreisen nichts bekannt. Es ist aber abzuwarten, ob das Schreiben des Grafen an Herrn v. Döllinger die Bedeutung hat, als Vorläufer eines solchen Schrittes zu gelten. — In seiner Sitzung vom 31. Januar beschloß bekanntlich das Abgeordnetenhaus, die Staatsregierung aufzufordern, baldigst feststellen zu lassen, wie viel taubstumme und blinde Kinder in Preußen des Unterrichts entbehren, sowie dahin zu wirken, daß, wo die erforderlichen Anstalten zu jenem Unterricht fehlen, dieselben errichtet, sowie die vorhandenen erweitert und mit den nothwendigen Subsistenzmitteln ausgestattet werden. Der Kultusminister hat nunmehr, um jenem Beschlüsse entsprechend zu können, von den Provinzial-Behörden die erforderlichen statistischen Materialien eingeschickt. Nachdem das deutsche Reich in Folge des glorreichen Feldzuges gegen Frankreich wiederhergestellt worden, haben die aktademischen Verbündungen, welche diese Wiederherstellung anstreben, ihre ursprüngliche Bedeutung verloren und sich daher durchaus zeitgemäß in den letzten Jahren von politischen Zwecken ab- und ausschließlich geselligen und bildenden Zwecken zugewendet. Derartige Verbindungen bestehen zur Zeit ungefähr 30. Es ist nun bei ihnen der Wunsch rege geworden, eine größere Gemeinsamkeit unter einander herbeizuführen. Eine dieser Verbindungen auf der Greifswalder Universität hat die Sache zunächst in die Hand genommen und sich dahin ausgesprochen, daß die Verbindungen ähnlicher Tendenzen Delegirte nach Eisenach absenden mögen, um eine Versammlung abzuhalten, durch welche eine Annäherung herbeigeführt werde. Da die Universität Jena dem Versammlungsort Eisenach am nächsten liegt und dort 3 solche Verbindungen bestehen, so ist diesen aufgegeben worden, die Einladung zu der Versammlung zu erlassen. Diese soll am Pfingstfeste oder unmittelbar vor oder nach demselben stattfinden. Die nähere Bestimmung des Versammlungsortes ist den Jenensern überlassen worden.

□ Berlin, 27. April. Der Präsident des Deutschen Reichstages Ober-Bürgermeister v. Forckenbeck ist bereits wieder nach Breslau zurückgekehrt. Am Sonntag Vormittag fand noch eine Sitzung des Gesamtvorstandes des Reichstages statt, in welcher die laufenden Geschäfte beendet und diejenigen Anordnungen geflossen wurden, welche für die Dauer der Pause bis zur nächsten Sitzung nothwendig sind. Wie wir hören hat der Präsident zu Quästuren für diese Zwischenzeit die Abg. Forcade de Biaix und Düncker ernannt, ferner wurde der Frau Bent, welcher interimsistisch die Restaurierung des Reichstages für die abgelaufene Session übertragen war, diese Funktion für die folgenden Sessionen dieser Legislaturperiode definitiv übertragen. — Kaum hat das letzte Mitglied des Reichstages das Sitzungsgebäude verlassen und schon sind zahlreiche Beamte wieder in voller Thätigkeit, die projektierten Erweiterungsarbeiten an demselben vorzunehmen. Die nötigen Baumaßnahmen sind bereits geöffnet und morgen schon beginnen die Maurer u. s. w. mit dem Abbauen des Dachgeschosses des Vorderge-

bäudes, an dessen Stelle demnächst ein neues Geschäft aufgesetzt werden soll, in dem Räume für Abtheilungs- und Kommissionszimmer sowie für die Bibliothek geschaffen werden, damit das „probvisorische“ Reichstagsgebäude so lange noch den nötigen Raum bietet, bis das definitive, von dessen Existenz man vielleicht nach zehn und mehr Jahren erzählen wird, vollendet ist. — In Bezug der Zukunft des neuen Preßgesetzes hören wir von gut unterrichteter Stelle, daß dasselbe in der Fassung, in welcher es von dem Reichstag angenommen worden und trotz des Widerspruchs, der vom Bundesratssitz aus gegen den vom Abg. Schenk v. Stauffenberg zu § 24 gestellten und auch angenommenen Antrag erhoben worden, ohne jeden Zweifel zur Annahme gelangen und demnächst publiziert werden wird.

— Der „Staats-Anzeiger“ Nr. 299 publiziert das Privilegium wegen eventueller Aufgabe auf jeden Inhaber lautender Schuldverschreibungen des Kreises Graudenz zum Betrage von 666,000 Mark Reichswährung. Vom 30. März 1874.

Lokales und Provinziales.

Posen, 28. April.

— Wie im vorigen so wird auch in diesem Jahre ein Dilettanten-Konzert zum Besten des Vereins für konfessionslose Armenpflege arrangiert werden und zwar findet dasselbe nächsten Freitag den 1. Mai Abends 8 Uhr unter Mitwirkung des Gefangenviertels für geistliche Musik, geleitet vom lgl. Musikdirektor Hrn. Clemens Schön, in der Aula des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums statt. Der Ertrag desselben wird entsprechend der Tendenz dieses wohltätigen Vereins zur Unterstützung der Armen Posens mit besonderer Berücksichtigung der Kinder und der Kranken ohne Unterschied der Konfessionen, verwendet werden. Einmal um der guten Sache zu dienen und zweitens, weil durch die musikalische Distinktion der Mitwirkenden eine gesiedigte Executive des uns vorliegenden sehr geschickt aufgestellten Programms, ein wahrer Kunstgenuss garantiert werden, nennen wir Gelegenheit, an dieser Stelle nochmals auf den interessantesten Konzert-Abend aufmerksam zu machen. Die Nummern des Programms sind dankenswerthe Weise den aller verschiedensten Genres der Musik entnommen: wir finden Mendelssohn'sche Chor-Quartette neben einem Duett aus „Die lustigen Weiber“ von Nikolai, ein Schubert'sches Impromptu (as-dur) neben einem Chopin'schen Walzer (cis-moll), ein Schumann'sches Baritonolo neben einem Fidelio-Terzett u. s. w. Man sieht, daß hier nach dem Grundsatz verfahren worden ist: „Wer Vieles bringt, wird Allen Etwas bieten.“

— Wie die „Hann. N.“ melden, ist in Hannover von Freunden des in Kopenhagen bei der Rettung eines Kindes verunglückten Architekten Richard Günther aus Unruhstadt, der bekanntlich in Hannover als Bauführer in königlichen Diensten thätig war, eine Adresse „an das dänische Volk“ angeregt, die Dank und Anerkennung für die Theilnahme aussprechen soll, welche die Bevölkerung der dänischen Hauptstadt bei der Bestattung des edlen Todten an den Tag gelegt hat. Die Adresse wird in den nächsten Tagen nach Kopenhagen abgehen.

— Die Markart'schen Bilder werden am nächsten Mittwoch zum letzten Mal zu sehen sein. Um dem größeren Publikum eingezogenkommen und den wiederholten Besuch zu erleichtern, hat Herr Levit das Eintrittsgeld für den Schlusttag auf 5 Sgr. herabgesetzt.

— Seit Einführung des neuen Packporto Tariffs werden die Paketsendungen viel häufiger frankirt, als früher. Dies gilt nicht nur im Privatverkehr, sondern auch zahlreiche Geschäftshäuser sind dazu übergegangen, das Porto für ihre Paketversendungen voraus zu bezahlen und den Betrag den Empfängern in Rechnung zu stellen. Das die Frankirung der Pakete durch Marken allgemein gebräuchlich werde, ist dringend wünschenswert, die Abfertigung des Publikums an den Postställern würde bedeutend erleichtert. Außerdem kann wegen der starken Zunahme des Postverkehrs nicht genug anempfohlen werden, für zweckmäßige Verpackung der Pakete zu sorgen. Dünne Cigarrenfilter, zerbrechliche Holzschachteln, schwache Papptätsche u. s. w. können als geeignete Verpackungsmittel nicht ansehen werden. Wie häufig noch ungünstige Verpackungen vorkommen, ergibt sich u. A. daraus, daß bei dem Postamt für Paketbeförderung in Berlin im 1. Quartal d. J. 3227 Pakete aus Unfall manchmal Verpackung beschädigt angeliefert sind.

— Herr Dr. Beschörner am liebsten Mariengymnasium, welcher nunmehr, nachdem die Versezung des Dr. Witius von hier nach Glatz rückgängig gemacht worden, dorthin zurückversetzt worden ist, reiste gestern nach Berlin, um bei dem Herrn Kultusminister wegen der Stellung, die er bei dem dortigen Gymnasium von nun ab einzunehmen habe, vorstellig zu werden, indem nämlich diejenige Oberlehrerstelle, welche er bisher dort inne hatte, durch Ascension bereits besetzt ist, so daß er demnach, wenn auch mit gleichem Gehalte wie bisher, doch eine im Range niedrigere Stelle einnehmen müßte.

— Der letzte Jesuit, welcher nach der Auflösung des Jesuiten-Klosters in Schirrm (i. J. 1872) in der Provinz Posen noch lebte, ist vor einigen Tagen gestorben, so daß nunmehr unsere Provinz von diesem Orden gänzlich geflöhert ist. Der Verstorbe, Pater Bienel, war im Jahre 1832 geboren, hatte das Gymnasium in Ostrowo, dann die Geistlichen-Seminare zu Posen und Gniezno besucht, war im Jahre 1856 zum Priester geweiht worden und ging 3 Jahre später ins Noviziat nach Galizien, um in den Jesuitenorden zu treten. Doch kam er nicht dazu, im Sinne seines Ordens zu wirken; denn im Jahre 1871 erkrankte er und lebte seitdem, andauernd krank, auf einem Gut unserer Provinz und ist nunmehr gestorben.

— Der Eisenbahnzug, welcher gestern Nachmittag 3 Uhr 24 Min. aus Gniezen hier eintreffen sollte, kam wegen des ungemein starken Verkehrs in Folge des Bieh- und Pferdemarktes in Gniezen 1½ Stunden später an. In Voraussicht dieses Verkehrs halte die Eisenbahnkommission den Abgang eines Extrazuges angeordnet, der 6 Uhr 52 Min. von Gniezen abfährt, 9 Uhr 15 Min. hier eintrifft und außerordentlich überfüllt war. Zu dem Pferdemarkt war eine große Anzahl von Händlern aus Berlin, Hannover und selbst Bayern erschienen, und wurden in Folge der starken Nachfrage die Pferde sehr gut bezahlt.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Eine deutsche Revue. Aus dem „Berl. Börse-Cour.“ ist in viele deutsche Blätter eine Nachricht übergegangen, laut welcher in Berlin ein neues, großes literarisches Unternehmen, eine Revue im Style der „Revue des deux Mondes“ geplant würde. So weit, wie man uns von unterrichteter Seite mittheilt, beruht die Nachricht auf Wahrschau, und es ist ferner wahr, wenn das genannte Berliner Blatt hinzufügt: „Die berufensten und berühmtesten literarischen Kräfte Deutschlands, die hervorragendsten Männer der Wissenschaft haben sich bereit erklärt, dieser Zeitschrift ihre Feder zu leihen,

mit dem buchhändlerischen Vertrieb die Verlagsfirma der Gebrüder Baezel in Berlin betraut habe. Das Unternehmen, weit davon entfernt, eine "Gründung" zu sein, ist vielmehr rein aus der allgemein geheilten Erkenntnis, daß es der Gesamtheit der deutschen Kulturbefreiungen der Gegenwart an einem repräsentativen Organ fehle und aus dem Wunsche hervorgegangen, ein solches Organ zu schaffen. Zu diesem Zwecke hat sich die Verlagsbuchhandlung der Gebrüder Baezel mit einem Kreise literarischer und wissenschaftlicher Kapitalisten in Verbindung gesetzt, und darf das bereits in den Städten der Vorbereitung begriffene Unternehmen nicht nur als gesichert betrachtet, sondern auch einer Veröffentlichung über Plan, Umfang und Organisation derselben in nächster Zeit mit Bestimmtheit entgegengesehen werden.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Preußische Bank. Wochen-Ausweis vom 23. April 1874.

Aktiva.

1. Geprägtes Geld und Barren	Thlr. 237,410,000	+	628,000	
2. Kassen-Anweisungen, Privat-				
Banknoten u. Darlehenskassen-				
Scheine	=	4,534,000	-	894,000
3. Wechsel-Bestände	=	134,697,000	+	287,000
4. Lombard-Bestände	=	22,670,000	-	1,594,000
5. Staats-Papiere, verschiedene				
Forderungen und Aktiva	=	4,819,000	-	154,000
6. Banknoten in Umlauf	Thlr. 282,923,000	-	4,884,000	
7. Depositen-Kapitalien	=	31,742,000	+	234,000
8. Guthaben der Staatskassen,				
Institute und Privatpersonen,				
mit Einschluß des Giro-Ver-				
kehrs	=	58,462,000	+	3,194,000

Vorstehender Ausweis zeigt eine Minderung des Notenumlaufes um fast 5 Millionen. Dieser Rückgang wird indessen hauptsächlich aus einer periodischen Steigerung des Guthaben-Kontos der Staatskassen um über 3 Millionen erklärt. Die sonst gegen den vormaligen Abschluß verzeichneten Aenderungen sind verhältnismäßig von nur geringem Umfange. Der Metallschatz stieg um 628,000 Thaler, aber der Vorrath von Kassenscheinen ging um fast 900,000 Thaler zurück. Die Lombardbestände sanken um nahezu 1,600,000 Thlr., während das Portefeuille um gegen 300,000 Thlr. gewachsen. Das Depositen-Konto zeigt eine Zunahme von ca. 1 Million. Die Summe der im Umlauf befindlichen Noten findet in dem Baarschatz und dem Vorrath an Kassenscheinen fast bis zu 86 Prozent Deckung.]

** Banknachrichten. Wie wir bereits mitgetheilt haben, beschloß die Generalversammlung der Aktionäre der Berliner Wechselstube n. Aktion-Gesellschaft vom 16. c. durch Aufzug von 1 Million Thaler eigener Aktien das Grundkapital auf 1 Mill. Thaler herabzusetzen. In Folge Eintragung dieses Beschlusses in das Handelsregister werden nunmehr die Gläubiger der Gesellschaft aufgefordert, sich zu melden. — Nachdem die von uns bereits genehmigte Herabsetzung des Aktientakitals der Breslauer Handels- und Exportgesellschaft von 1 Million Thaler auf 800,000 Thaler nunmehr in das Handels-Register eingetragen ist, werden die Gläubiger der Gesellschaft aufgefordert, ihre Ansprüche geltend zu machen. — Dem Berneben nach wird eine abermalige Reduktion des Aktientakitals der Breslauer Gesellschaft beabsichtigt. Man bezeichnet es als Motiv für diese Maßregel die projektierte Auflösung der Kommanditen. Über die Höhe der neuen Reduktion sind die Meintungen der Gesellschaftsvertreter noch getheilt. — In der Generalversammlung der Aktionäre der Breslauer Wechselstube am 23. d. M. gelangte der Geschäftsbericht zur Verlesung. Der Gesamtverkehr belief sich auf 103,346,815 Fl., der Brutto-Gewinn entziffert 151,889 Fl. Hier von ab sämtliche Verwaltungskosten 37,211 Fl. Abdrückungen für Syndikate von 27,235 Fl. Man beschloß eine Dividende von 4 Prozent im Gesamtbetrage von 84,000 Fl. zur Vertheilung zu bringen.

** In Sachsen der Pleßnischen Gesellschaft liegen folgende Mitteilungen vor: Das „Lys. Tgl.“ berichtet über die zur Fertigstellung der Oberlausitzer (Kohlfurt-Falkenberger) Eisenbahn: Zwischen den Direktionen der beiden Gesellschaften ist ein Vertrag abgeschlossen worden, welcher die scheinbare Fertigstellung der Bahn in ihrer ganzen Ausdehnung zu sichern bestimmt ist. Nach diesem Vertrage baut die Oberlausitzer Eisenbahn-Gesellschaft unter thunlichster Benutzung der von Pleßner mit kleineren Unternehmern geschlossenen Verträge selbst und zwar in der Weise a conto Pleßner'sche Bau Gesellschaft weiter, daß sie für die von jetzt ab herzustellenden Arbeiten direkt Zahlung leistet, während die Regulirung der übrigen Verbindlichkeiten Sache der Pleßnischen Bau-Gesellschaft verbleibt. Dabei der Anweisung von Abs. lagszahlungen an die Pleßnische Gesellschaft mit großen Vorzugsrechten verfahren, auch die Eisenbahn-Gesellschaft noch eine von Pleßner gestellte Kautio von 250,000 Thlr. in Händen hat, so sind die zur anstalagsmäßigen Herstellung der Bahn erforderlichen Geldmittel vollständig liquide und ist eine Verlegenheit für die Eisenbahn-Gesellschaft nirgends zu fürchten. Gleich nach Eröffnung des Betriebes soll ferner mit der Pleßnischen Bau-Gesellschaft ein Bauauslösungs-Vertrag geschlossen werden und spezielle Abrechnung stattfinden; solches schon jetzt vorzunehmen, war nicht thunlich, weil durch die nothwendiger Weise vorzuhaltenden Ermittlungen und bei der bereits in bedenklicher Weise eingetretenen Verödung der Baustellen zu befürchten stand, daß die Fertigstellung der Bahn bis zum 1. Juli nicht mehr gelingen und dann die dem Staate für diese Fertigstellung geleistete Kautio verfallen würde, während durch das jetzt getroffene Arrangement die Betriebs-Eröffnung zum 1. Juni c. in sicherer Aussicht genommen werden kann." Das „Dresd. Handelsbl.“ dagegen schreibt Folgendes: Am 29. April d. J. sollen laut einer Bekanntmachung der Betriebsdirektion der Saxonie, Eisenwerke und Eisenbahnbedarf-Fabrik zu Nareberg, auf deren Werkplatze 98 Stück offene und 27 bedeckte Güterwagen, welche von der Bau-Gesellschaft Pleßner u. Co. in Berlin theils für die Chemnitz-Komotauer, theils für die Leipziger-Gothaer-Meissniger Bahn bestellt, jedoch nicht rechtzeitig abgenommen worden sind, an den Meinbietenden versteigert werden. Den genannten Blatte zufolge hat die Chemnitz-Komotauer Eisenbahn durch die an Pleßner geleisteten Zahlungen „gewissermaßen ein Anrecht an einen Theil dieser Objekte“, sie sei auch bereit, in die zwischen Pleßner und der Saxonie geschlossenen Verträge einzutreten, doch habe sich das nicht ohne Weiteres ausführen lassen. Immerhin sei die Chemnitz-Komotauer Eisenbahn durch von Pleßner u. Co. hinterlegte Wechsel gedeckt.

** Eisenbahnen. Die Gründung der Bahnlinie Rothenburg-Reppen ist nunmehr für den Güterverkehr auf den 1. Mai, für den Personenverkehr auf den 1. Juni definitiv festgesetzt. — Das Komite der Briesen-Cottbuser Bahn sagte in seiner kürzlich stattgehabten Sitzung den Beschluss, beim Handelsministerium die Genehmigung zur Vornahme genereller Vorarbeiten für die Fortsetzungslinie von Cottbus nach Brüxen nachzuholen. Die bezüglichen Anträge sind inzwischen bereits abgegangen.

** Wien, 25. April. Die Einnahmen der österr.-französischen Staatsbahn betrugen in der Woche vom 16. bis zum 22. April 525,208 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs eine Mindereinnahme von 61,599 Fl.

** Paris, 24. April. Die süd-österreichisch-lombardische Eisenbahngesellschaft macht bekannt, daß am 1. f. M. die Auszahlung der Restdividende pro 1873 und zwar mit 7½ Frs. erfolgt.

** In Warschau und anderen größeren Städten des Königreichs ist augenblicklich eine Geldkrise eingetreten, die sich durch großen Mangel an Baumittel fühlbar macht, aber hoffentlich nur vorübergehend sein wird. Die Ursache derselben sind die überaus zahlreichen und bedeutenden Aktienzeichnungen auf die Weichsel- und Uralbahn, durch welche die Baumittel massenhaft nach Petersburg geflossen sind. Es ist hier kaum möglich, irgend eine erschledliche Baars-

summe auf Wertpapieren zu erhalten. Manche Banken haben den Diskonto sogar auf 10 und 16 Prozent erhöht.

Vermischtes.

Breslau, 27. April. Von der Dominsel. Fünfzigjähriges Dienstjubiläum. Polnischer Gottesdienst-Schlachtkreuz. Mäuseverfolgung. Verschwunden. Die letzte Ovation bei dem Fürstbischof Dr. Förster hat zu einem Beizugsfest Veranlassung gegeben, indem von einem Reporter der hiesigen freien Presse Blätter die Zahl der Teilnehmer auf einige hundert geschätzt worden war, während die „Sächsische Volkszeitung“ behauptete es seien über 3000 gewesen. Eine solche Menge vermag aber weder der Vorräum des habsburgischen Palais, noch der Empfangssaal desselben aufzunehmen und ist die Schätzung des ultramontanen Blattes eine weitauß zu hoch gegriffene. Die Deputation aus Gleiwitz hat dem Fürstbischof einen silbernen, innen stark vergoldeten Kelch als Geschenk mitgebracht. Die weniger bemühten Teilnehmer haben außer freier Eisenbahnfahrt pro Tag 3 Thlr. Differenz erhalten. Von der Dominsel erfuhr ich ferner, daß einem hiesigen katholischen Bürger, welcher zum Altalholtzismus hinneigt, die auf seinen Häusern stehenden Kirchenkapitalien von dem Domkapitel gefindigt worden seien, jener diese Kündigung aber als formell ungültig und deshalb zurückgewiesen habe, weil unter derselben die Unterchrift des 10. Domherrn, des Baron von Riekhofen gefehlt habe. — Im Laufe dieses Frühjahrs feiert der hiesige Bürgermeister, Geh. Rat Dr. Bartels sein 50-jähriges Dienstjubiläum und haben zu dieser Feierlichkeit die früheren Oberbürgermeister Breslaus, Ministerial-Direktor Dr. Elsner und Geh. Regierung-Rath Hobrecht in Berlin ihre Gegenwart zusagten, so daß an dem Ehrentage des Jubilars 3 breslauer Ober-Bürgermeister gegenwärtig sein werden. —

Bei den Bauten und in den Biegleiten der Umgegend Breslaus sind eine Menge aus ihrer Provinz und aus Oberschlesien kommende Arbeiter beschäftigt, die der deutschen Sprache nur unvollständig mächtig sind. Für diese wird vom künftigen Sonntag an alle 14 Tage Superintendent a. D. Dr. Altmann in einer der hiesigen Kirchen evangelischen Gottesdienst in polnischer Sprache abhalten. — Hinrichlich der Beibehaltung der Schlachtkreuzer als Kommunalsteuer in unserer Stadt ist noch immer kein definitiver Beschluß gesetzt, da die nachstehende Genehmigung des Ministeriums noch aussteht. Erst wenn dieselbe eingegangen sein wird, können Erhebungen mit der Steuerbehörde über den Procentsatz, unter welchem legiere gewillt sein wird, die Weitererhebungen der Abgaben durch polnische Beamte erfolgen zu lassen, stattfinden. Der Magistrat hat in seinem ursprünglichen Antrage, wie ich erfuhr, acht Prozent der Brutto-Einnahme als Erhebung- und Verwaltungskosten geboten, ich glaube aber wohl kaum, daß dieser Procentsatz von der zuständigen Behörde anerkannt werden wird. Auch die Provinzialstädte Neisse und Dauer haben sich für Beibehaltung der Schlachtkreuzer entschieden und dürften besonders für den ersten Ort diese Konservirung als pecunial günstig erscheinen, da die Stadt Neisse als Festung verhältnismäßig nur geringe Erhebungskosten zu zahlen haben wird. — Was ich Ihnen in einem meiner letzten Schreiben andeutete, ist eingetroffen. Es ist den, durch den Landrat des Kreises Neumarkt zur zwangsweisen Vertilgung der Feldmäuse getroffenen Maßregeln seitens mehrerer Nachbar- und anderer Kreise beigetreten worden und sind auf Nichtbefolgung der gegebenen Vorschriften Geldstrafen bis 10 Thlr. angebracht, welche durch die Amtsverwalter und Bürgermeister festgesetzt und beigetrieben werden sollen. Abgesehen von dieser Maßregelung, stehen im Uebrigen Sommer- und Wintersaaten vortrefflich und läßt sich, falls Spätfrost oder Dürre nicht wieder Verderben bringen einwirken, auf eine rechte gesetzte Ernte hoffen. — Wie dies in unserer Stadt leider noch immer so häufig vorkommt, ist auch in der abgelaufenen Woche wieder ein Bewohner derselben, ein wohlhabender und geachteter Bürger, der Pelzwarenhändler Mathias, auf einem Spaziergange spurlos verschwunden. An einen Selbstmord ist bei dem über 60 Jahre alten, in den auskömmlichsten Verhältnissen lebenden Manne gar nicht zu denken und es erübrigt nur anzunehmen, daß er am Tage seines Verschwindens von Bekannten als Spaziergänger an den Oderdämmen gesehen worden ist, daß er von herumlungernden Strolchen, an denen es gerade in jenen Gegenden nicht fehlt, seiner Pretiosen und Börse beraubt und dann inbilliger Weise noch lebend in den Strom geworfen worden ist. Die Seinen haben auf Aufsuchung seiner Leiche eine Belohnung von 200 Thlr. gesetzt.

* In Gotha wird seit Sonntag, den 19. d. M., ein elfjähriges Mädchen Namens Irene Höß vermisst. Die Eltern desselben richten öffentlich an Edermann die dringende Bitte, ihnen zum Wieder-auffinden des Kindes nach Möglichkeit behilflich zu sein. Irene Höß ist von mittlerer (schwälchlicher) Statur; sie trug zuletzt vor ihrem Verschwinden ein graues Kleid mit rotem Befatz, lederne Stiefelchen und roth und schwarz geringelte Strümpfe.

* München, 25. April. Die Choleraepidemie ist jetzt hier als vollständig erloschen zu betrachten. Woerter in der Militärpraxis und den Militärspitäzern, noch in der Privatpraxis befinden sich gegenwärtig Choleraträume in Behandlung. Der letzte Erkrankungsfall war am 19. d. vorgekommen.

* Graf Goluchowski, der sich, wie das „Vaterland“ meldete, in Innsbruck eingeschossen hat, ist der zweite Sohn des galizischen Statthalters; der junge, etwa 24 Jahre zählende Graf war ein Lebemann, dessen Neigungen die Kasse des Vaters stark in Anspruch genommen haben; wiederholt mußte der Statthalter von Galizien die Schulden seines zweiten Sohnes zahlen und ihm die Beschränkungen auferlegen, welche der Aufenthalt in einer Provinzialstadt mit sich bringt, wurde er nach Innsbruck gesendet, wo er juristisch-philosophischen Studien oblag. Nicht ohne Anlagen, aber doch sehr exzentrisch, machte er wahrscheinlich seinem Leben ein Ende, weil er neuerlich materielle Verpflichtungen eingegangen sein möchte, denen nachzukommen der Statthalter von Galizien keine Lust verspürte. Der älteste Sohn des Grafen Goluchowski war früher der Botschaft in Berlin attachirt und ist jetzt in Wien im auswärtigen Amt beschäftigt, der jüngste erblindete vor ungefähr ein und einem halben Jahre.

* Newyork, 25. April. Der Mississippi ist obermals aus seinen Ufern getreten und hat die Thalebene von Onondaga, die Stadt Monroe und 27 große Plantagen unter Wasser gesetzt. Tausende von Menschen befinden sich in der größten Noth.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Basner in Poser.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 149. h. preuß. Klassen-Loiterie
(Nur die Gewinne über 70 Thlr. sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigelegt.)

Berlin, 27. April. Bei der heute fortgesetzten Biehung sind folgende Nummern gezogen worden:

72 187 275 86 302 466 (100)	68 81 549 (100)	69 75 88 640 42 57
88 702 (200)	24 803 55 (200)	66 72 946 88. 1003 11 (1000)
261 316 35 402 76 (200)	538 635 55 73 (200)	78 91 712 29 46 (500)
75 81 813 54 57 59 91 100 53 83. 2107 (200)	926 48 71 82 (100)	242 88 424 39 43 85 90 110 689 (100)
3202 44 50 130 70 73 (100)	209 30 (1000)	84 89 328 50 416 25
76 (100)	90 (100)	542 55 88 678 730 74 842 58 (200)
90. 4047 86 108 75 233 (100)	302 8 (100)	28 70 456
83 545 49 (100)	68 71 623 (1000)	27 800 (100)
81 915 (100)	40 63 (200)	5099 188 235 (100)
75 411 (100)	13 507 8 65 (200)	46 666 75 86 719 29 825 (100)
42 48 74 90 950 95. 6087 106 23 26 (100)	44 79 233 40 86 320 22	78 11 21 42 50 143 98 218 42
530 44 58 617 62 726 73 (100)	81 981. 7011 21 42 50 143 98 218 42	60 67 77 308 13 23 78 (100)
60 903 90 93 98. 8007 86 156 92 211 47 345 466 549 638 797 839 (100)	86 100 203 (200)	20 45 62 325
411 50 70 87 88 588 71 765 959 (100)	92. 9003 (500)	20 45 62 325

10006 42 (100) 46 114 87 213 68 (200) 86 (100) 336 425 59 91 515 608 (100) 35 45 60 871 99 969 97. **11008** 82 (100) 158 88 (100) 271 (1000) 76 320 65 457 (100) 98 (200) 527 37 38 52 (200) 54 615 46 (500) 69 715 810 (100) 66 923. **12024** 45 132 39 95 215 18 25 318 85 500 37 42 621 54 82 700 (100) 24 826 100 914. **13044** 85 111 12 26 42 84 200 79 90 (200) 301 8 (200) 19 90 99 429 (200) 48 512 35 53 724 (200) 53 859 68 (100) **14056** 68 82 83 128 74 319 86 426 504 53 84 98 822 24 82 942 (200) 58. **1502**

